

# Rentenreform ist gescheitert

**Resultat** 52,7 Prozent sagten gestern Nein zur Vorlage, die 70 Franken höhere AHV-Renten gebracht hätte. Die geplante Mehrwertsteuererhöhung verfehlte das Volksmehr knapp.

Der Reformstau in der Altersvorsorge der Schweiz hält nun schon seit 20 Jahren an. Die AHV schreibt rote Zahlen, weil sie für immer mehr Rentnerinnen und Rentner aufkommen muss. Die Pensionskassen leiden unter der steigenden Lebenserwartung und den tiefen Renditen. Das Frauenrentenalter 65, eine Mehrwertsteuererhöhung um 0,6 Prozent, ein tieferer Umwandlungssatz in der obligatorischen beruflichen Vorsorge und weitere Änderungen hätten diese Probleme für das nächste Jahrzehnt beheben oder zumindest lindern sollen. Nun geht es zurück auf Feld eins.

Sozialminister Berset hatte die Reform kurz nach seinem Amtsantritt aufgegleist und vor vier Jahren in die Vernehmlassung geschickt. Er, der die Vorlage in den letzten Wochen landaufland-

ab mit Herzblut verteidigt hatte, trat gestern als grosser Verlierer vor die Bundeshausmedien.

## **Bald werden die nächsten Schritte vorbereitet**

Der Reformbedarf sei weitgehend unbestritten, sagte er. Er werde bald mit allen Beteiligten an einen Tisch sitzen und die nächsten Schritte vorbereiten. Zum konkreten Fahrplan äusserte sich Berset nicht. Auch seine Pläne für eine neue Reform wollte er nicht verraten. Zunächst brauche es eine vertiefte Analyse des Abstimmungsergebnisses.

Anders als Berset haben die Gegner bereits konkrete Vorstellungen. Weil die Reform von links und rechts bekämpft worden war, gehen diese allerdings in unterschiedliche Richtungen. Die SVP verlangt gut verdauliche Einzel-

pakete. Auch Gewerbeverbands-Direktor und FDP-Nationalrat Hans-Ulrich Bigler fordert die Aufteilung der Reform in verschiedene Vorlagen. Inhaltlich verwies SVP-Nationalrat Sebastian Frehner (BS) auf die im Nationalrat diskutierten Lösungen. «Es liegt alles auf dem Tisch», sagte er. Diese Variante hatte sich allerdings nicht einmal im Parlament als mehrheitsfähig erwiesen.

## **Vor allem tiefe Einkommen hart getroffen**

Der Nationalrat wollte das Rentenalter automatisch auf bis zu 67 Jahre anheben, sobald die AHV in finanzielle Schwierigkeiten gerät. Die Rentenausfälle in der zweiten Säule sollten nicht durch einen AHV-Zuschlag ausgeglichen werden. Vorgesehen waren stattdessen deutlich höhere Einzahlun-

gen in die Pensionskasse. Das hätte vor allem tiefe Einkommen hart getroffen. Auch die Witwen hätten mit Einbussen rechnen müssen. Eine solche Vorlage wäre an der Urne vermutlich noch deutlicher abgelehnt worden als die nun gescheiterte Reform. Ohne den AHV-Zuschlag um 70 Franken hätte sich die Linke geschlossen dagegen gestemmt. Diese hatte in den vergangenen Jahren mehrmals bewiesen, dass sie mit dem Slogan «Rentenklaue» erdrückende Mehrheiten hinter sich scharen kann.

Dabei erwies sich auch die Aufteilung in einzelne Reformprojekte als aussichtslos. Aus diesem Grund hatte Berset ein Reformpaket ausgearbeitet, mit dem erste und zweite Säule gemeinsam angepasst werden sollten. (sda) 9

# Knappstes Resultat aller Zeiten

**Abstimmung** Auch wenn es für den Abstimmungsausgang schliesslich unerheblich war: Das Nein zur Verfassungsänderung für die Erhöhung der Mehrwertsteuer dürfte immerhin als knappstes Resultat aller Zeiten in die Geschichte eingehen.

Nur gerade 0,1 Prozent oder 2357 Stimmen Differenz gab gestern nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis den Ausschlag für das Nein. Ähnlich knapp war im Juni 2015 die Abstimmung über das Radio- und Fernsehgesetz ausgefallen: Die Vorlage wurde mit 50,1 Prozent Ja angenommen, 3649 Stimmen machten den Unterschied.

Nur um Haaresbreite scheiterte 2002 die SVP-Asylinitiative: 50,1 Prozent sagten Nein, 4208 Stimmen trennten Gegner und Befürworter. Hauchdünn schaffte hingegen 2009 der biometrische Pass die Abstimmungshürde – mit 50,1 Prozent Ja und einem Vorsprung von 5681 Stimmen. Auf Messers Schneide stand in jüngerer Zeit auch der Ausgang der Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative. 50,3 Prozent betrug schliesslich die Zustimmung, 19 302 der Überhang der Ja-Stimmen. Mit 50,6 Prozent Ja war es schon 2012 bei der Zweitwohnungsinitiative eng geworden. Hier betrug die Differenz 28796 Stimmen.

Das Scheitern der Altersvorsorge 2020 bedeutet für den Bundesrat die zweite Abstimmungsschlappe in diesem Jahr. Es ist eine der schmerzlichsten Niederlagen seit Langem – besonders auch für den erfolgsverwöhnten Bundesrat Alain Berset.

## Während 2,5 Jahren fast keine Abstimmung verloren

Mit dem Nein zur Unternehmenssteuerreform III hatte im vergangenen Februar eine beispiellose Serie von behördlichen Abstimmungserfolgen jäh geendet. Nach dem «Absturz» des Kampfpjets Gripen und der Annahme der Pä-dophilen-Initiative im Mai 2014 hatten Bundesrat und Parlament während fast zweieinhalb Jahren keine einzige Vorlage verloren.

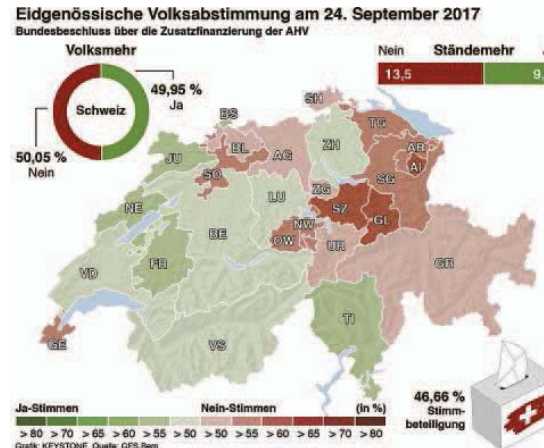
Landesregierung und Parlament hatten im Februar des gleichen Jahres bereits mit dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative der SVP ein Debakel historischen Ausmasses erlebt. Medien verglichen die Tragweite dieses Entscheids damals mit dem EWR-Nein von 1992.

Nicht im Sinne Bundesberns waren 2013 bereits das Nein zu einer teureren Autobahnvignette und 2012 das Ja zur Zweitwohnungsinitiative ausgefallen. Eine bittere Pille mussten Bundesrat und Parlament 2012 auch in der Abstimmung über Managed Care schlucken. Die wichtige Ablehnung (76 Prozent Nein) der Vorlage zum Krankenversicherungsgesetz war auch die erste Niederlage für den frisch gebackenen Bundesrat Berset. In seiner Amtszeit als Innenminister verlor er bis zum Wochenende nur wenige Urnengänge. So scheiterte 2013 trotz einer Ja-Mehrheit im Volk der Verfassungsartikel zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf am Ständemehr.

## Knapp an Niederlage vorbei mit USR II

Ähnlich deutlich wie die Managed-Care-Vorlage hatten die Stimmenden 2010 die Senkung des BVG-Umwandlungssatzes verworfen. Nur haarscharf schrammten die Behörden 2008 mit der Unternehmenssteuerreform II an einer Niederlage vorbei. Der Ja-Vorsprung betrug weniger als 20 000 Stimmen. Die Erleichterung im Bundeshaus war umso grösser, als die Stimmen der vier Jahre zuvor zusammen mit der AHV-Reform ein Steuerpaket versenkt hatten.

Nach dem Scheitern der Rentenreform ist die Politik zurück auf Feld 1. Während die FDP und die Wirtschaft das Volksnein als Auftrag für eine rasche Reform



interpretieren, warnt die Linke vor neuen Abbauplänen. Die Befürworter zweifeln daran, dass eine Reform gelingt. «Die Bürgerlichen haben den Abstimmungskampf sozialpolitisch geführt», kritisierte Paul Rechsteiner, St. Galler SP-Ständerat und Präsident des Gewerkschaftsbunds. Die Gegner hätten mit dem Slo-

gan «Rentner bestrafen» argumentiert und die Generationen gegeneinander aufgehetzt. «Diese Argumente werden ihnen jedoch auf die Füsse fallen.»

## Unheilige Allianz von Wirtschaft und Linken

Schuld für die Niederlage geben die Befürworter einer unheiligen

Allianz von Wirtschaftsverbänden, linken Organisationen aus der Romandie und rechtsbürgerlichen Parteien. «Die Abstimmungsgewinner sind nun in der Pflicht, mehrheitsfähige Lösungen vorzuschlagen», sagte der Luzerner CVP-Ständerat Konrad Graber. In den Augen der bürgerlichen Gegner ist der Auftrag des Volkes klar: «Es will weder eine Ausbau- noch eine Abbauvorlage», sagte die Zürcher FDP-Nationalrätin Regine Sauter. Nach dem Nein zur AHV-Plus-Initiative habe das Volk zum zweiten Mal einen Rentenausbau mit der Giesskanne abgelehnt, schrieb die SVP. Beide deuten das Nein deshalb als bürgerliches Nein. Statt einer Monstervorlage brauche es gut verdauliche Einzelpakete, lautet ihr Fazit. Das Parlament müsse zwei getrennte Reformen vorlegen, um die Finanzierung langfristig zu sichern, sagte Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Gewerbeverbands und FDP-Nationalrat.

## Deutliche Meinung zur Ernährungssicherheit

Den Verfassungsartikel zur Ernährungssicherheit hat das Schweizer Stimmvolk überaus deutlich angenommen, mit 78,7 Prozent. Ob die Folge mehr Markt, mehr Protektionismus oder mehr Ökologie sein sollte, bleibt auch nach der Abstimmung umstritten.

Das Resultat war deutlicher als erwartet: Insgesamt haben rund 1 942 900 Personen dem neuen Verfassungsartikel zugestimmt, rund 524 900 Personen haben diesen abgelehnt. Am deutlichsten fiel die Zustimmung in den Westschweizer Kantonen aus. Im Kanton Waadt sagten ganze 92 Prozent Ja. Die niedrigste Zustimmung verzeichneten die Kantone Schwyz und Glarus – mit

immer noch über 69 Prozent Ja-Stimmen.

## Auf Druck des Verbandes zustande gekommen

Der Artikel beauftragt den Bund, die Versorgung der Schweiz mit Lebensmitteln sicherzustellen. Zustande kam er auf Druck des Bauernverbandes. Die Bauern befürchteten, dass die neue Agrarpolitik die einheimische Produktion schwächen würde. Seine Volkinitiative zog der Bauernverband aber zugunsten eines Gegenvorschlags zurück, der auch andere Anliegen aufnahm. Im neuen Verfassungsartikel ist für jeden Geschmack etwas dabei. Erwähnt werden neben der Produktion die Sicherung des Kulturlandes und ein ressourcenschonender Umgang mit Lebensmitteln, was ökologischen Kreisen gefällt. Gleichzeitig soll die Land- und Ernährungswirtschaft aber auf den Markt ausgerichtet sein. Und grenzüberschreitende Handelsbeziehungen sollen zur nachhaltigen Entwicklung beitragen.

Welche dieser Aspekte im Vordergrund stehen, war schon im Abstimmungskampf umstritten. Die Deutungshoheit kann niemand für sich beanspruchen. Fest steht, dass sich zumindest kurzfristig nichts ändert. Landwirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann bekräftigte gestern, dass derzeit keine Gesetzes- oder Ordnungsänderungen auf Basis des Artikels geplant sind. Er machte aber auch deutlich, dass er das Ja zur Ernährungssicherheit nicht als Votum für Protektionismus versteht. Die Schweiz sei abhängig von Importen, sagte er. Die Bauern rief Schneider-Ammann dazu auf, sich am Markt zu orientieren und die Chancen offener Märkte zu nutzen. Die Ängste vor Freihandel müssten abgebaut werden. (sda)